

# kriens

## Begründung zum Postulat

### Postulat Niederberger: Klimanotstand Nr. 212 / 2019

Eingang

11. Mai 2019

Zuständiges Departement

Bau- und Umweltdepartement



## Antrag des Stadtrates: Ablehnung

### Begründung

Der Stadtrat beantragt dem Einwohnerrat, das Postulat Niederberger Nr. 212/2019 «Klimanotstand» nicht zu überweisen.

Das Postulat verlangt nicht die Prüfung von Massnahmen sondern die Umsetzung von Massnahmen – von Massnahmen, deren Inhalt und Umfang, Kosten und weiteren Folgen nicht näher bezeichnet und bekannt sind. Wird das Postulat überwiesen, hat der Stadtrat in einem Bericht aufzuzeigen, ob und in welcher Form dem überwiesenen Postulat entsprochen werden soll oder bereits entsprochen wurde. Der im Postulat enthaltene Massnahmenkatalog ist allerdings derart umfassend und schwammig beschrieben, dass jede Beantwortung, selbst wenn sie Massnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzes beschreibt, eigentlich nur unvollständig und falsch sein kann.

Wenn es die Postulanten mit dem Klimaschutz wirklich ernst meinen, sollen sie in ihren Vorstössen konkrete Massnahmen zum Klimaschutz beantragen oder als Prüfauftrag mitgeben. So wird für die Politik und die Bevölkerung erfassbar, was die Postulanten sich unter Klimaschutz vorstellen. Der Stadtrat kann dann eine klare Antwort geben und es kann aufgezeigt werden, wie die beantragte Massnahme umgesetzt werden kann, welche Konsequenzen sie hat und mit welchen Kosten zu rechnen ist. Wenn eine Massnahme umgesetzt werden soll, sind die entsprechenden Projekte zu budgetieren und in den Finanz- und Aufgabenplan aufzunehmen.

### .... und tue trotzdem Gutes

Der Stadtrat anerkennt, dass der Klimaschutz ein Problem ist und engagiert sich in verschiedenen Bereichen. Kriens ist seit 1997 Energiestadt als Auszeichnung für die nachweisbaren und vorbildlichen Resultate in der Entwicklung der kommunalen Energie- und Klimapolitik. So verlangt die Stadt bei Arealentwicklungen einen erhöhten Gebäudestandard, der sich nach der 2000 Watt – Gesellschaft ausrichtet und strenger als das neue Energiegesetz des Kantons Luzern ist. Die Stadt Kriens hat ihre Neubauten der letzten Jahre mit erneuerbaren Energien unabhängig von fossilen Brennstoffen realisiert. Das Label Energiestadt muss dieses Jahr rezertifiziert werden. Bei der Beschaffung von Fahrzeugen setzt der Stadtrat zunehmend auf Elektromobilität: So werden sowohl der Personenwagen des Weibels wie ein neuer Transporter für den Werkunterhalt elektrisch betrieben. Mitarbeitende, welche den Arbeitsweg zu Fuss, mit dem Velo oder dem öffentlichen Verkehr bewältigen, erhalten von der Stadt einen Mobilitätsbeitrag pro Jahr. Für die Benutzung von Parkplätzen auf öffentlichem Grund, in der Einstellhalle Stadthaus oder in der Einstellhalle Eichenspes muss dagegen von den Mitarbeitenden eine Dauer-

karte gekauft werden. Investiert wird auch in die Information der Bevölkerung: Die Stadt Kriens beteiligt sich am gemeinsamen Projekt «EnergieTatOrte» der Klimastädte der Region. An den «EnergieTatOrten» vom Stadtplatz bis zum Schloss Schauensee wird auf spielerische Art über innovative kommunale und private Energieprojekte zur Umsetzung der Energiewende informiert.

### **Interessenabwägung**

Das Postulat verlangt vom Stadtrat, wenn möglich jene Geschäfte prioritär zu behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen. Der Stadtrat darf nicht eine Interessenabwägung mit einem Hauptkriterium vornehmen. Er muss seine Aufgaben erfüllen und hat dazu finanzielle Rahmenbedingungen zu berücksichtigen.

Beispiel: Der Stadtrat steht in drei Jahren vor dem Entscheid, ob er die velofreundliche Umgestaltung der Schachen- / Amlehnstrasse mit Tempo-30-Zone oder die Erweiterung einer Schulanlage in die Investitionsrechnung aufnehmen will. Geht es nach der Forderung des Postulats, kann er sich nur für die Umgestaltung der Schachen- / Amlehnstrasse entscheiden, weil diese die wichtige Veloachse nach Luzern fördert und somit einen Beitrag für den Klimaschutz leistet. Dem Stadtrat ist es in einer solchen Situation wichtig, dass er eine umfassende Interessenabwägung vornehmen kann und in seiner Entscheidungsfindung nicht einseitig gelenkt wird. Zudem muss er seine gesetzlichen Aufgaben wie die Schulbildung erfüllen.

### **Berücksichtigen der Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Geschäften**

Viele Geschäfte und Entscheide haben keine positiven oder negativen Auswirkungen auf die Umwelt. Wenn nun trotzdem für jedes Geschäft eine Art Klima-Audit verlangt wird, so erfordert das Ressourcen in der Stadtverwaltung, die heute nicht vorhanden sind. Damit die Forderungen des Postulats seriös umgesetzt werden können, müsste eine Stelle für den Klimanotstand geschaffen oder zumindest Pensen dafür zur Verfügung gestellt werden. Das ist nicht vorgesehen. Es gibt andere Aufgaben (auch im Bereich Umwelt- und Naturschutz), die ebenso wichtig sind. Mit der Ausrufung eines Klimanotstands wird keine einzige Umweltmassnahme realisiert.

### **Ausrufung Klimanotstand**

Der Begriff «Notstand» ist heftig und sollte unabhängig der politischen Forderung nicht überstrapaziert werden. Der Stadtrat kann diesen Begriff bei einer grossen kommunalen Krise wie zum Beispiel bei einem Wassernotstand verwenden. Bei einem Wassernotstand müsste der Stadtrat den Gemeindeführungsstab aufbieten und die Bevölkerung sowie das Gewerbe müssten allenfalls erhebliche Einschränkungen in Kauf nehmen.

Kriens, 5. Juni 2019